

Zimmermann, Horst; Stegmann, Helmut

Article — Digitized Version

Regionale Wirkungen öffentlicher Finanzströme

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Zimmermann, Horst; Stegmann, Helmut (1981) : Regionale Wirkungen öffentlicher Finanzströme, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 9, pp. 463-468

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135603>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Regionale Wirkungen öffentlicher Finanzströme

Horst Zimmermann, Helmut Stegmann, Marburg

Gezielte regionalpolitische öffentliche Ausgaben machen nur einen Bruchteil der Finanzströme aus, die in einer Region zu- bzw. abfließen und dort Wirkungen auf Zielgrößen wie die Entwicklung der Arbeitsplätze und der Einkommen ausüben. Um die regionalen Wirkungen aller Finanzströme des Bundes und Landes für eine Region zu ermitteln, wurde von den Verfassern eine spezielle Untersuchungsmethode entwickelt und auf ausgewählte Regionen angewendet¹. Wie sieht dieser neue Ansatz aus? Welche Ergebnisse wurden damit erzielt?

Bei der regionalpolitischen Beurteilung von unterentwickelten Regionen oder Ballungsgebieten stehen im Hinblick auf die öffentlichen Maßnahmebereiche die regionale Wirtschaftspolitik (insbesondere die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“) und die Raumordnungspolitik und Landesplanung im Vordergrund der Betrachtung. Dabei wird oft übersehen, daß die übrigen öffentlichen Aktivitäten ebenfalls erhebliche Einflüsse auf die Situation dieser Regionen ausüben². Man kann die These vertreten, daß es überhaupt kaum eine staatliche Aktivität geben dürfte, die nicht räumlich differenzierende und damit hinsichtlich der Ziele einer raumbeeinflussenden Politik mehr oder minder bedeutsame Effekte aufweist.

Räumliche Effekte gehen dabei von allen Instrumenten der staatlichen Politikbereiche aus, also außer von öffentlichen Finanzströmen wie Ausgaben und Steuern auch von Verordnungen wie z. B. von einem Anwerbestopp für ausländische Arbeitskräfte. Da die Ermittlung der regionalen Wirkungen von Verordnungen andere Analysemethoden erfordern würde, konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf Finanzströme. Berücksichtigt werden dabei nur grenzüberschreitende Finanzströme, und es werden beispielsweise die eigen-

finanzierten Ausgaben der Gemeinden oder die Bestandsgrößen etwa im Bereich der Infrastruktur außer acht gelassen.

Methodischer Ansatz

Bei einer Analyse der grenzüberschreitenden Finanzströme sind mehrere Untersuchungsschritte erforderlich³:

¹ Vgl. Horst Zimmermann, Helmut Stegmann: Öffentliche Finanzströme und regionalpolitische Fördergebiete. Anwendung einer Methodik der Regionalisierung öffentlicher Finanzströme, am Beispiel der Region Trier und einiger Vergleichsräume, Schriftenreihe der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Bd. 7, Bonn 1981 (im Druck). Die Studie ist Teil eines umfassenden Forschungsprogramms, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert und von der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung in Bonn koordiniert wurde. Eine zusammenfassende Beschreibung der Ergebnisse des gesamten Programms, zu dem auch Analysen der regionalen Effekte der regionalen Wirtschaftspolitik und regionalen Entwicklungsplanung, der Agrarpolitik und der Verkehrspolitik gehören, findet sich in: Regionalpolitik im Wandel. Beiträge zur Bewertung und Koordinierung raumwirksamer Politikmaßnahmen, Kleine Schriften der Gesellschaft für Regionale Strukturentwicklung, Bonn 1981.

² In Anlehnung an Noé könnte hier auch von der Maus „Regionalpolitik“ gesprochen werden, auf die im Hinblick auf die Verbesserung der räumlichen Struktur in der Bundesrepublik geschickt wird, wobei dann der Elefant „gesamte raumwirksame Staatstätigkeit“ und dessen Wirkungen übersehen werden. Siehe Claus Noé: Probleme der Abstimmung raumwirksamer Politikbereiche. Einige wirtschaftliche Bedingungen für die Regional- und Raumordnungspolitik zu Beginn der 80er Jahre, in: Räumliche Planung in der Bewährung (19. Wissenschaftliche Plenarsitzung 1980), Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Forschungs- und Sitzungsberichte, Bd. 139, Hannover 1981 (im Druck).

³ Die methodischen Probleme einer solchen Analyse waren Gegenstand einer gesonderten, im Zuge dieses Forschungsprogramms entstandenen Studie. Vgl. Horst Zimmermann: Regionale Inzidenz öffentlicher Finanzströme. Methodische Probleme einer zusammenfassenden Analyse für einzelne Regionen, Schriften zur öffentlichen Verwaltung und öffentlichen Wirtschaft, Bd. 60, Baden-Baden 1981 (im Druck).

Prof. Dr. Horst Zimmermann, 47, ist Ordinarius für Volkswirtschaftslehre und Leiter der Abteilung für Finanzwissenschaft der Philipps-Universität Marburg. Helmut Stegmann, 31, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung für Finanzwissenschaft.

□ Den Anfang jeder derartigen Untersuchung bildet die Aufstellung einer möglichst umfassenden *Zahlungsverteilung* für alle einfließenden Ströme, also insbesondere Landes- und Bundesausgaben, und abfließende Ströme, d. h. vor allem Landes- und Bundessteuern. Eine Aufstellung von Zahlungsverteilungen für einzelne Regionen, die möglichst weitgehend auf originären Daten, d. h. auf unmittelbar erhobenen Zahlungsströmen beruht, ist bisher wohl nicht versucht worden. Die Zahlungsverteilungen dienen zum einen als Grundlage für die weiteren Untersuchungsschritte, zum anderen können sie dann schon für regionalpolitische Bewertungen herangezogen werden, wenn ein bestimmter Zu- oder Abfluß der erklärte politische Zweck war (beispielsweise der Anteil einer Region an den Aufträgen eines Ressorts) oder wenn in den verschiedenen Regionen ähnlich starke und vom Typ her bekannte Wirkungen zu vermuten sind (beispielsweise je eine Million DM zufließender Sozialausgaben).

□ Wenn Steuern einbezogen werden, muß die *Überwälzung* berücksichtigt werden, während das analoge Problem einer möglichen „Vorteilswegnahme“ bei öffentlichen Ausgaben eine vergleichsweise geringere Bedeutung hat. Um die Überwälzungsvorgänge berücksichtigen zu können, wurden zweckmäßigerweise die entsprechenden Hypothesen zur Überwälzung aus der finanzwissenschaftlichen Literatur übernommen.

□ Um die Bedeutung zu ermitteln, die den Zahlungsströmen unter regionalpolitischen Aspekten zukommt, ist schließlich die *Abschätzung der Beiträge dieser Zahlungsströme zur Erreichung der Ziele* dieses Politikbereichs erforderlich. Dazu wird beispielsweise der in der Region erhaltene Bundesauftrag oder das vom Land bezogene Lehrergehalt über die Verausgabung durch den Empfänger weiterverfolgt. Als Zielindikatoren, auf die hin z. B. die Wiederverausgabung analysiert wird, werden im folgenden das regionale „Einkommen“ und die geschaffenen bzw. gesicherten „Arbeitsplätze“ (bzw. die induzierte „Beschäftigung“ in Mann-Jahren) zugrunde gelegt. Bei regional fein gegliederten Daten können auch Wirkungen auf die Siedlungsstruktur verfolgt werden, indem die Analyse nach einzelnen Orten differenziert wird. Anzumerken ist, daß bei der Abschätzung der Folgewirkungen von Personal- und Sachausgaben zwei Wirkungstypen zu unterscheiden sind. Wenn beispielsweise Ausgaben für Landesstraßen untersucht werden, so sind zunächst die Straßenbauaufträge zu verfolgen (Effekte der „Leistungserstellung“). Sobald die Straße dem Verkehr übergeben wird, entstehen „Leistungsabgabeneffekte“, die z. B. über kürzere Verkehrswege zu Produktivitätssteigerungen in den Betrieben führen können.

Tabelle 1

Zahlungsverteilung der einfließenden Ausgaben und abfließenden Einnahmen übergeordneter öffentlicher Körperschaften nach Regionen¹

(1975, pro Kopf der jeweiligen regionalen Bevölkerung)

	Unter- suchungs- region Trier	Verdichtete Vergleichsräume Ludwigs- hafen	Mainz	Land Rhein- land- Pfalz
A. Einfließende Ströme (Ausgaben)	2796	1712	3193	2305
I. Zuweisungen	585	286	245	339
Allgemeine Zuweisungen	282	71	99	177
Zweckgebundene Zuweisungen	303	215	146	162
II. Transformationsausgaben	1243	692	2121	1176
Personalausgaben	782	459	1405	777
Bauausgaben	353	175	374	320
Übrige Käufe	108	58	342	79
III. Transferausgaben	968	734	827	790
Sozialausgaben	848	706	792	715
Zuschüsse an Unternehmen	120	28	35	75
B. Abfließende Ströme (Steuern)	(1752)	(4338)	(3757)	-
I. Zurechnung über regionalen Steuerabfluß	667	2086	1916	1336
Einkommensteuer	576	1812	1653	1177
Vermögen- und Erbschaftsteuer	19	70	104	48
Gewerbesteuerumlage	65	162	152	98
Lastenausgleich	7	42	7	13
II. Zurechnung über den Anteil an der nationalen Steuersumme (Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Mineralölsteuer)	(1085)	(2252)	(1841)	-

¹ Es sind nur Angaben von solchen Zahlungsströmen ausgewiesen worden, die für alle Regionen ermittelt werden konnten.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Die einfließenden Ausgaben

Auf der Basis dieser methodischen Vorüberlegungen wurde für das Jahr 1975 für ausgewählte Regionen des Landes Rheinland-Pfalz (Regierungsbezirk Trier; Räume Mainz und Ludwigshafen, jeweils mit Umland) und für das Land Rheinland-Pfalz als Vergleichsgröße eine Zahlungsverteilung der ein- und ausgehenden Finanzströme (weitgehend) originär erstellt. In der Untersuchung sind die Gebietskörperschaften mit ihren Finanzströmen zum größten Teil, die Parafisci, z. B. die Sozialversicherungen, dagegen nur unvollständig enthalten, was außer auf methodische Probleme auch auf die beschränkten Forschungsmittel und den fehlenden Zugang zu entsprechenden Daten zurückzuführen ist.

Die Aufstellung einer Zahlungsverteilung für die einfließenden öffentlichen Ausgaben bildete den Hauptteil der empirischen Arbeiten. In Tabelle 1 finden sich einzelne ermittelte Ausgabeströme nach Ausgabenarten aggregiert⁴, wobei zur besseren Vergleichbarkeit auf Pro-Kopf-Angaben abgestellt wurde.

Aus Tabelle 1 ist zu ersehen, daß die regionalpolitische Förderregion Trier⁵ hinsichtlich des Umfanges der einfließenden Ausgabenströme deutlich über dem Landesdurchschnitt liegt. Zugleich wird sichtbar, daß Mainz einen sehr viel höheren und Ludwigshafen einen sehr viel niedrigeren Pro-Kopf-Wert als Trier aufweisen. Diese Ergebnisse entsprechen in zweierlei Hinsicht nicht der erwarteten Verteilung. Zwar lag nahe, daß die Region Mainz besonders viele Mittel auf sich ziehen würde, weil in ihr die Landeshauptstadt liegt, die wegen ihrer besonderen Funktion durch umfangreiche Zuflüsse gekennzeichnet ist. Dagegen fielen die Ergebnisse für die untersuchte Förderregion Trier und die Industrieregion Ludwigshafen unerwartet hoch bzw. niedrig aus. Zwar könnte bei einer Erweiterung der Zahlungsverteilung um noch fehlende Ströme, beispielsweise zahlreiche Bundessubventionen, beim Vergleich dieser beiden Regionen noch eine gewisse Korrektur zugunsten der Region Ludwigshafen eintreten, eine weitgehende Angleichung der Pro-Kopf-Werte oder sogar Umkehrung der Relationen würde sich hierdurch aber sicherlich nicht ergeben.

Dieses Ergebnis erscheint dann regionalpolitisch wünschenswert, wenn pauschal eine auch finanzielle Bevorteilung weniger entwickelter Räume in Rheinland-Pfalz beabsichtigt ist, etwa mit dem Ziel, die regionalen Einkommensdisparitäten zu verringern. Wegen des relativ großen Abstandes zwischen Trier und Ludwigshafen hinsichtlich der einfließenden Ausgabenströme müßten die von den Zuflüssen ausgehenden Beiträge zur Erreichung der Ziele Schaffung von „Einkommen“ und „Arbeitsplätzen“ in der Industrieregion Ludwigshafen schon sehr viel höher als in der Region Trier ausfallen, damit es zu einer Angleichung der regionalen Zielbeiträge kommt.

Das vielleicht auffälligste Ergebnis bei den einzelnen Ausgabenströmen zeigte sich beim Finanzausgleich. Die Summe der *Zuweisungen* an die Region Trier war

⁴ Vgl. dazu ausführlich Horst Zimmermann, Helmut Stegmann, a.a.O. In der Untersuchung wurde versucht, zunächst eine möglichst vollständige Zahlungsverteilung für die Region Trier zu ermitteln und mit den entsprechenden Landessummen zu vergleichen. Immer dort, wo es möglich war, wurden Daten für Vergleichsregionen erhoben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, in der mit interregional vergleichbaren Strömen gearbeitet wurde, liegen dieser Darstellung zugrunde.

mehr als doppelt so hoch wie diejenige, die nach Ludwigshafen oder Mainz floß. Dieses Ergebnis ist im wesentlichen auf die allgemeinen Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz zurückzuführen. Hier ist also die regionale Ausgleichsfunktion des Finanzausgleichs in starkem Maße erfüllt worden. Anders als häufig vermutet fiel auch die Verteilung der zweckgebundenen Zuweisungen aus, die nicht die verdichteten Räume bevorteilen, sondern ebenfalls in überdurchschnittlichem Maße der ländlich strukturierten Region Trier zuflossen. Eine Ausnahme stellten die in Tabelle 1 nicht gesondert ausgewiesenen zweckgebundenen Zuweisungen nach dem vom Bund allein finanzierten Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz dar, die überwiegend in stärker entwickelte Räume flossen, im Untersuchungszeitraum insbesondere nach Ludwigshafen. Sie wirkten also dem regionalen Ausgleich entgegen.

Bei den *Personal- und Bauausgaben* lag Trier ebenso wie bei den *übrigen Käufen* leicht über dem Landesdurchschnitt. Das ist um so erstaunlicher, als die weit überdurchschnittliche Position der Region Mainz (mit der Landeshauptstadt) bei den Transformationsausgaben zur Folge hat, daß der Durchschnitt für das Land Rheinland-Pfalz nach oben gedrückt wird und dann andere Räume des Landes leicht unter diesen Durchschnitt fallen. Die relativ günstige Position von Trier ist vor allem die Folge einer dezentralisierten Verwaltung, denn der höhere Wert der Transformationsausgaben dieser Region im Vergleich zum Landesdurchschnitt beruht nicht zuletzt darauf, daß Trier Sitz der Bezirksregierung ist.

Bei den erfaßten *Sozialausgaben* liegt Trier deutlich über dem Durchschnitt, doch reichen die Ergebnisse wohl in ihrer Gesamtheit nicht aus, um die These von der Konzentration sozialer Problemfälle in unterentwickelten Regionen („soziale Erosion“) zu stützen. Die *Zuschüsse an Unternehmen* waren insbesondere wegen der Zahlungen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ im Raum Trier deutlich höher als in den Vergleichsräumen und im Landesdurchschnitt.

Betrachtet man allein die Ausgabenverteilung, vernachlässigt man also zunächst noch die von der öffentlichen Hand nicht beeinflussbaren, häufig auch unbekannteren Folgewirkungen, so entspricht dieses Bild zumindest in der Tendenz der regionalpolitischen Zielvorstellung. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in Räumen

⁵ Die im empirischen Teil der Analyse im Vordergrund stehende Region Trier deckt den größten Teil des Aktionsraums „Eifel-Hunsrück“ der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab; sie ist zugleich identisch mit dem Regierungsbezirk und der Region der Landesplanung.

wie Trier aus regionalpolitischen Erwägungen ein Vorsprung an infrastruktureller Ausstattung wünschenswert erscheint, um der Region eine größere Attraktivität für die Standort- und Wohnortwahl einzuräumen⁶. Folgt man diesen Argumenten, so ist eine möglicherweise noch stärkere Position der Region Trier im Vergleich zu Mainz und Ludwigshafen und zum Landesdurchschnitt als regionalpolitisch durchaus sinnvoll anzusehen.

Die abfließenden Steuern

Die Einbeziehung der abfließenden Steuern in die Untersuchung ist unter methodischen Aspekten nicht so selbstverständlich wie die Berücksichtigung aller Ausgaben. Sie ist aber sinnvoll, wenn weniger die Sicht der vereinnahmenden übergeordneten Gebietskörperschaft als vielmehr die der betroffenen Region zugrunde gelegt wird. Während es nämlich aus der Sicht des Landes bzw. Bundes eine „Benachteiligung“ durch Steuerabflüsse nicht geben kann, weil die Regionen lediglich je nach ihrem Anteil an den Steuerbemessungsgrundlagen zum Aufkommen der überregional festgelegten Steuern beitragen, stellt der gleiche Zahlungsstrom aus der Sicht der Region einen Wohlstandsverlust dar, der durch entsprechende (Ausgaben-) Zuflüsse ausgeglichen werden könnte bzw. sollte. Eine analoge Überlegung muß z. B. auf der Ausgabenseite angestellt werden, um die Einbeziehung etwa der Sozialausgaben in die Analyse zu rechtfertigen. Den positiven Effekten der einfließenden Ausgaben sind also die negativen, hypothetischen Wirkungen der abfließenden Steuersummen auf die Zielindikatoren Einkommen, Arbeitsplätze usw. gegenüberzustellen.

Die Steuerabflüsse sind ebenfalls in Tabelle 1 wiedergegeben. Ein Teil der Steuerabflüsse ist in regionalisierter Form unmittelbar verfügbar oder zumindest mit plausiblen Hypothesen abschätzbar (B I in Tabelle 1). Ein anderer Teil (B II in Tabelle 1) wirft jedoch unter methodischen Gesichtspunkten Probleme auf, insbesondere soweit es sich um überwälzbare Steuern handelt. Dann ist nämlich die vermutliche regionale Traglast zu berechnen, so daß man im direkten Sinne nicht einmal von Steuer- „Abfluß“ sprechen kann, sondern eher von getragenen Steuerbeträgen. Die Berechnungen hierzu sind daher eher als Veranschaulichung von Größenordnungen denn als präzise empirische Werte zu verstehen.

Als Beispiel für regional unterschiedliche Wirkungen des Steuersystems sei auf die Einkommensteuer verwiesen. Stellt man etwa Trier den Räumen Ludwigshafen und Mainz gegenüber, so zeigt sich, daß diese Steuer in den entwickelten Regionen eine sehr viel größere Bedeutung hat als in den ländlichen Gebieten. Das läßt sich mit der unterschiedlichen Erwerbsstruktur, insbesondere auch mit dem Gewicht der Landwirtschaft in den Entwicklungsregionen, begründen.

Eine Gegenüberstellung der Ausgaben und Einnahmen wird an dieser Stelle bewußt vermieden. Eine Saldierung würde den falschen Schluß nahelegen, daß dies die Situation der Region unter dem Einfluß der Staatstätigkeit darstellt, verglichen mit einer Situation ohne Staatstätigkeit. Eine solche „Situation ohne Staatstätigkeit“ (no-budget situation) ist jedoch weder ermittelbar noch vorstellbar. Der Hauptzweck der Untersuchung wird denn auch darin gesehen, die Unterschiede in der regionalen Verteilung von einzelnen Einnahme- und Ausgabearten und deren Folgewirkungen zu ermitteln und daraus regionalpolitische Schlüsse zu ziehen.

Regionale Effekte der Leistungserstellung

Die regionalen Folgewirkungen von Zahlungsströmen wurden zunächst für die einfließenden Ausgaben geschätzt. Hierzu wurden die in den gesamtwirtschaftlichen Statistiken und in den regionalwissenschaftlichen Untersuchungen über ähnlich strukturierte Gebiete vorhandenen Daten für die Ermittlung regionspezifischer Wirkungskoeffizienten herangezogen⁷ und angewendet. Allerdings war es selten möglich, diese Koeffizienten von Region zu Region zu differenzieren, also beispielsweise die vermutlich unterschiedlichen Folgewirkungen der gleichen Ausgabesumme in der Entwicklungsregion Trier und in den verdichteten Vergleichsräumen Ludwigshafen und Mainz zu berücksichtigen. Dennoch bilden die Folgewirkungen keineswegs nur die Relationen der Verteilung der zufließenden Ausgaben ab, denn jede Ausgabeart weist einen anderen Wirkungskoeffizienten auf, so daß sich bei in jeder Region verschiedenen hohen (Ausgaben-) Zuflüssen sehr unterschiedliche Gesamtwirkungen ergeben. – In Anlehnung an die ermittelten Wirkungskoeffizienten nach Ausgabearten wurden negative Leistungserstellungseffekte auch für die einzelnen (Steuer-) Abflüsse errechnet.

Der Tabelle 2 läßt sich entnehmen, in welchem unterschiedlichen Maße die einzelnen Regionen von den Folgewirkungen betroffen waren. Dabei wurde die gleiche Aufbereitung der Zahlungsströme gewählt wie in Tabelle 1⁸.

⁶ Siehe Konrad Kentmann: Nutzungsuntergrenzen der Infrastruktur in ländlichen Räumen, Beiträge der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 39, Hannover 1980, S. 17.

⁷ Dabei wurde insbesondere auf die in der Reihe „Raumordnung“ des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau veröffentlichten Arbeiten über regionale Wirkungen öffentlicher Aufgaben zurückgegriffen.

□ Die Folgewirkungen der allgemeinen *Zuweisungen* konnten nur über Hypothesen über die Weiterverwendung dieser Mittel von Seiten der Gemeinden ermittelt werden. Alle weiteren Analyseschritte entsprechen dann denen bei den einzelnen Ausgabearten.

□ Die Einkommensschaffung durch die *Personalausgaben* war im Vergleich zum Einkommenseffekt der Bauausgaben und Zuweisungen unter anderem deshalb so hoch, weil die Personalausgaben beim Empfänger in voller Höhe als Einkommen im Sinne der regionalen Einkommensziele zählen, während bei den Bauausgaben nur die durch die Bauaufträge induzierten Löhne, Gewinne, usw. in der jeweiligen Region als geschaffenes Einkommen gelten können. Die Beschäftigungseffekte der Personalausgaben lagen deshalb weit über denen der anderen Transformationsausgaben, weil Beschäftigung bei den Personalausgaben direkt als Primäreffekt auftritt.

□ Die Einkommenseffekte der *Bauausgaben* lagen in der Region Trier nicht nur deshalb insgesamt höher, weil dort mehr für Baumaßnahmen verausgabt wurde, sondern weil die Annahme berechtigt zu sein scheint, daß der Anteil von Aufträgen für regionale Baumaßnahmen der übergeordneten Körperschaften oder Parafisci (Land, Bund, Post usw.), der an regionsansässige Bau-

unternehmer fließt, vielleicht wegen der Größe und Abgeschlossenheit der Region Trier dort besonders hoch ausfällt.

□ Die hypothetischen, negativen Einkommens- und Arbeitsplatzeffekte der abfließenden *Steuern* wurden in der Weise berechnet, daß die Steuerbemessungsgrundlagen bzw. die bei Überwälzung eintretenden wirtschaftlichen Tatbestände in Einkommensströme umgerechnet wurden. Dazu wurden die in der Wirkungsanalyse der Ausgaben ermittelten Koeffizienten verwendet.

Regionale Effekte der Leistungsabgabe

Bei den Sach- und Personalausgaben sind zusätzlich zu den Effekten der Leistungserstellung, wie Schaffung von „Einkommen“ und „Arbeitsplätzen“, die Wirkungen der Leistungsabgabe, also der genutzten Stra-

⁸ Auf die Erläuterung der Effekte der öffentlichen *Käufe* und der Sozialausgaben kann hier, wenn auch aus ganz unterschiedlichen Gründen, verzichtet werden. Bei den Käufen konnten nämlich nur wenige Zahlungsströme ermittelt werden. Außerdem können die regionalen Effekte eine relativ geringe Höhe erreichen, wenn man die wechselseitigen interregionalen Beziehungen nicht berücksichtigen kann, wie dies in dieser Untersuchung der Fall war. Bei den *Sozialausgaben* erübrigt sich eine detaillierte Erläuterung, da unterstellt wurde, daß regional differenzierte Effekte nicht auftreten. Somit wurden zwar Wirkungen ermittelt, die interregionalen Positionen haben sich dadurch aber gegenüber der Zahlungsverteilung nicht verschoben.

Tabelle 2
Folgewirkungen der grenzüberschreitenden Finanzströme auf Einkommen und Arbeitsplätze¹
(1975)

	Untersuchungsregion Trier		Industrieregion Ludwigshafen		Hauptstadregion Mainz	
	Einkommen 1000 DM	Arbeitsplätze	Einkommen 1000 DM	Arbeitsplätze	Einkommen 1000 DM	Arbeitsplätze
A. Einfließende Ströme (Ausgaben)						
Zuweisungen	51 142	82	12 733	14	14 124	17
Personalausgaben	457 356	16 246	216 013	10 076	579 678	19 476
Bauausgaben	106 043	421	48 431	179	63 605	236
Käufe	13 367	84	5 440	34	12 389	81
Sozialausgaben	546 516	571	365 799	382	361 448	378
Insgesamt absolut	1 174 424	17 404	648 416	10 685	1 031 244	20 188
DM pro Kopf	2 454	—	1 692	—	3 054	—
(Erwerbstätige 1970)	—	191 169	—	178 213	—	148 293
B. Abfließende Ströme (Steuern)						
I. Zurechnung über regionalen Steuerabfluß						
Einkommensteuer	92 443	233	73 573	212	198 218	465
Vermögen- und Erbschaftsteuer	12 188	54	33 628	157	43 583	206
Gewerbesteuerumlage	40 323	88	81 127	176	67 183	146
Lastenausgleich	4 174	6	21 478	32	3 300	5
II. Zurechnung über den Anteil an der nationalen Steuersumme (Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer, Mineralölsteuer)						
	698 881	1 198	1 163 260	2 014	837 980	1 448
Insgesamt absolut	848 009	—	1 373 066	—	1 150 264	—
DM pro Kopf	1 777	—	3 583	—	3 407	—

¹ Angaben sind nur dann ausgewiesen worden, wenn sie für alle Regionen ermittelt werden konnten.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Tabelle 3
Regionale Verteilung der Ausgaben des Landes
und Bundes nach Ausgabenbereichen
 (1975, DM pro Kopf)¹

	Region Trier	Industrie- region Ludwigs- hafen	Haupt- stadt- region Mainz	Land Rhein- land- Pfalz
Innenministerium, Zivile Verteidigung	2	1	5	11
Justiz	10	19	2	5
Finanzen	42	17	22	27
Wirtschaft	85	0	2	29
Land- und Forstwirtschaft	100	19	32	43
Soziales	667	598	615	596
Verteidigung, Verteidigungslasten	129	72	223	101
Bildung	178	70	528	145
Verkehr	215	184	261	239
Städtebau	23	12	6	8
Summe	1 451	992	1 696	1 204

¹ Die Ausgaben sind nur in der Höhe ausgewiesen worden, in der die Aufgabenbereiche zugeordnet und für alle Regionen ermittelt werden konnten.

Quelle: Eigene Berechnungen.

Ben oder der gehaltenen Schulstunde, zu ermitteln. Sie sind ungleich viel schwieriger zu erfassen, was um so schwerer wiegt, als sie die eigentlich beabsichtigten Ziele einer Fachplanungsmaßnahme darstellen.

Eine erste Voraussetzung für die Ermittlung des Einflusses dieser Folgewirkungen auf regionalpolitische Zielgrößen ist die Gruppierung der Zahlungsströme nach Ressorts oder besser noch nach Aufgabenbereichen. Eine solche Auflistung zeigt Tabelle 3, die allerdings einige Lücken aufweist. So konnten etwa die Personalausgaben nicht ressortspezifisch aufgeteilt werden, und eine Einordnung der allgemeinen Zuweisungen in Aufgabenbereiche ist, wie erwähnt, ex definitione nicht möglich. Vernachlässigt man diese Zahlungsströme und konzentriert man sich auf jene, die zuzuordnen waren, so verbleiben umfangreiche zufließende Mittel

aus den Aufgabenbereichen „Soziales“, „Verkehr“, „Bildung“, „Land- und Forstwirtschaft“ und „Verteidigung, Verteidigungslasten“. In fast allen Positionen wies die Untersuchungsregion Trier höhere Zuflüsse als die Industrieregion Ludwigshafen auf. Der Region Mainz flossen ebenfalls in vielen Bereichen weniger Mittel zu als dem Raum Trier, der allerdings in den Bereichen „Verteidigung, Verteidigungslasten“, „Bildung“ und „Verkehr“ wesentlich niedrigere Zuflüsse als die Region Mainz mit der Hauptstadt aufweist.

Bei der Analyse der Leistungsabgabe ist zu berücksichtigen, daß die Ausgaben in aller Regel im Zusammenhang mit der vorhandenen Infrastrukturausstattung wirken und die Gesamtwirkungen ganz anders aussehen können als die der einzelnen zusätzlichen Ausgaben für sich betrachtet. Eine neue weiterführende Schule etwa ist anders zu beurteilen, wenn sie ein gut ausgebautes Schulnetz lediglich ergänzt, als wenn sie ein defizitäres regionales Schulangebot erweitert. Die Literatur über derartige Wirkungen der Bildungs-, Verkehrs- oder Gesundheitsleistungen auf die regionale Entwicklung ist äußerst spärlich. Eigene regionale empirische Analysen waren nicht vorgesehen; diese hätten auch nur von Spezialisten des jeweiligen Faches (Verkehrswissenschaft, Gesundheitsökonomik usw.) fundiert durchgeführt werden können.

Vernachlässigt man diese Effekte von zusätzlichen Ausgaben bei unterschiedlicher Infrastrukturausstattung und zieht als Hilfsgröße für die mögliche Leistungsabgabe Angebotsindikatoren heran, wie z. B. die Ausstattung mit Schulplätzen oder Krankenhausbetten, so zeigt sich, daß die Region Trier im Vergleich zum Landesdurchschnitt recht gut ausgestattet ist. Hinsichtlich der regionalpolitischen Ziele kann diese bessere Ausstattung einer Entwicklungsregion mit derartigen Angebotsindikatoren im Vergleich zu den entwickelten Räumen wiederum durchaus gerechtfertigt werden.

HERAUSGEBER: HWWA – Institut für Wirtschaftsforschung – Hamburg (Prof. Dr. Armin Gutowski, Prof. Dr. Hans-Jürgen Schmah)l)

REDAKTION:

Dr. Otto G. Mayer (Chefredakteur), Dr. Klaus Kwasniewski (Stellvertreter), Dipl.-Vw. Claus Hamann, Helga Lange, Helga Wenke, Dipl.-Vw. Klauspeter Zanzig

Anschrift der Redaktion: Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (0 40) 35 62 306/307

Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verlages Weltarchiv GmbH ist es nicht gestattet, die Zeitschrift oder Teile daraus auf photomechanischem Wege (Photokopie, Mikrokopie) oder auf eine andere Art zu vervielfältigen. Copyright bei Verlag Weltarchiv GmbH.

VERTRIEB:

manager magazin Verlagsgesellschaft mbH, Marketingabteilung, Postfach 11 1060, 2000 Hamburg 11, Tel.: (0 40) 30 07 624

Bezugspreise: Einzelheft: DM 7,50, Jahresabonnement DM 80,- (Studenten: 40,-)

VERLAG UND HERSTELLUNG:

Verlag Weltarchiv GmbH, Neuer Jungfernstieg 21, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 35 62 500

Anzeigenpreisliste: Nr. 13 vom 1. 7. 1974

Erscheinungsweise: monatlich

Druck: Buch- und Offsetdruckerei Wünsch, 8430 Neumarkt/Opf.